



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

91 (23.2.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202089](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202089)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., in den übrigen Orten 2,00 M. Durch die Post bezogen 2,50 M. (Postschonung). Nummer 17900. In den Nummern 17901 bis 17905 sind die Ausgaben am 23. Februar 1922. Nummer 17906 bis 17910 sind die Ausgaben am 24. Februar 1922. Nummer 17911 bis 17915 sind die Ausgaben am 25. Februar 1922. Nummer 17916 bis 17920 sind die Ausgaben am 26. Februar 1922. Nummer 17921 bis 17925 sind die Ausgaben am 27. Februar 1922. Nummer 17926 bis 17930 sind die Ausgaben am 28. Februar 1922. Nummer 17931 bis 17935 sind die Ausgaben am 29. Februar 1922. Nummer 17936 bis 17940 sind die Ausgaben am 1. März 1922. Nummer 17941 bis 17945 sind die Ausgaben am 2. März 1922. Nummer 17946 bis 17950 sind die Ausgaben am 3. März 1922. Nummer 17951 bis 17955 sind die Ausgaben am 4. März 1922. Nummer 17956 bis 17960 sind die Ausgaben am 5. März 1922. Nummer 17961 bis 17965 sind die Ausgaben am 6. März 1922. Nummer 17966 bis 17970 sind die Ausgaben am 7. März 1922. Nummer 17971 bis 17975 sind die Ausgaben am 8. März 1922. Nummer 17976 bis 17980 sind die Ausgaben am 9. März 1922. Nummer 17981 bis 17985 sind die Ausgaben am 10. März 1922. Nummer 17986 bis 17990 sind die Ausgaben am 11. März 1922. Nummer 17991 bis 17995 sind die Ausgaben am 12. März 1922. Nummer 17996 bis 18000 sind die Ausgaben am 13. März 1922.

Anzeigenpreis: Die kleine Zeile 10. — ausm. 12. — ausm. 15. — ausm. 20. — ausm. 25. — ausm. 30. — ausm. 35. — ausm. 40. — ausm. 45. — ausm. 50. — ausm. 55. — ausm. 60. — ausm. 65. — ausm. 70. — ausm. 75. — ausm. 80. — ausm. 85. — ausm. 90. — ausm. 95. — ausm. 100. — ausm. 105. — ausm. 110. — ausm. 115. — ausm. 120. — ausm. 125. — ausm. 130. — ausm. 135. — ausm. 140. — ausm. 145. — ausm. 150. — ausm. 155. — ausm. 160. — ausm. 165. — ausm. 170. — ausm. 175. — ausm. 180. — ausm. 185. — ausm. 190. — ausm. 195. — ausm. 200. — ausm. 205. — ausm. 210. — ausm. 215. — ausm. 220. — ausm. 225. — ausm. 230. — ausm. 235. — ausm. 240. — ausm. 245. — ausm. 250. — ausm. 255. — ausm. 260. — ausm. 265. — ausm. 270. — ausm. 275. — ausm. 280. — ausm. 285. — ausm. 290. — ausm. 295. — ausm. 300. — ausm. 305. — ausm. 310. — ausm. 315. — ausm. 320. — ausm. 325. — ausm. 330. — ausm. 335. — ausm. 340. — ausm. 345. — ausm. 350. — ausm. 355. — ausm. 360. — ausm. 365. — ausm. 370. — ausm. 375. — ausm. 380. — ausm. 385. — ausm. 390. — ausm. 395. — ausm. 400. — ausm. 405. — ausm. 410. — ausm. 415. — ausm. 420. — ausm. 425. — ausm. 430. — ausm. 435. — ausm. 440. — ausm. 445. — ausm. 450. — ausm. 455. — ausm. 460. — ausm. 465. — ausm. 470. — ausm. 475. — ausm. 480. — ausm. 485. — ausm. 490. — ausm. 495. — ausm. 500. — ausm. 505. — ausm. 510. — ausm. 515. — ausm. 520. — ausm. 525. — ausm. 530. — ausm. 535. — ausm. 540. — ausm. 545. — ausm. 550. — ausm. 555. — ausm. 560. — ausm. 565. — ausm. 570. — ausm. 575. — ausm. 580. — ausm. 585. — ausm. 590. — ausm. 595. — ausm. 600. — ausm. 605. — ausm. 610. — ausm. 615. — ausm. 620. — ausm. 625. — ausm. 630. — ausm. 635. — ausm. 640. — ausm. 645. — ausm. 650. — ausm. 655. — ausm. 660. — ausm. 665. — ausm. 670. — ausm. 675. — ausm. 680. — ausm. 685. — ausm. 690. — ausm. 695. — ausm. 700. — ausm. 705. — ausm. 710. — ausm. 715. — ausm. 720. — ausm. 725. — ausm. 730. — ausm. 735. — ausm. 740. — ausm. 745. — ausm. 750. — ausm. 755. — ausm. 760. — ausm. 765. — ausm. 770. — ausm. 775. — ausm. 780. — ausm. 785. — ausm. 790. — ausm. 795. — ausm. 800. — ausm. 805. — ausm. 810. — ausm. 815. — ausm. 820. — ausm. 825. — ausm. 830. — ausm. 835. — ausm. 840. — ausm. 845. — ausm. 850. — ausm. 855. — ausm. 860. — ausm. 865. — ausm. 870. — ausm. 875. — ausm. 880. — ausm. 885. — ausm. 890. — ausm. 895. — ausm. 900. — ausm. 905. — ausm. 910. — ausm. 915. — ausm. 920. — ausm. 925. — ausm. 930. — ausm. 935. — ausm. 940. — ausm. 945. — ausm. 950. — ausm. 955. — ausm. 960. — ausm. 965. — ausm. 970. — ausm. 975. — ausm. 980. — ausm. 985. — ausm. 990. — ausm. 995. — ausm. 1000.

Verlag: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

### Frankreichs Russenpolitik.

Paris, 21. Februar.

„Unser Ziel ist die Herstellung eines Bündnisses mit der kommenden russischen Monarchie.“

Maurice Paleologue.

Frankreich und Russland! Zu dem bedeutungsvollen Thema dieser Lage äußerte sich gestern der von Poincaré ernannte Rabinetsdirektor Maurice Paleologue in einer zweiseitigen Konferenz, die ein ziemlich klares Bild der heutigen französischen Regierungsbestrebungen liefert. Wenn auch berücksichtigt werden muß, daß ein gemäßigter Diplomat, wie der frühere französische Botschafter in Petersburg, Paleologue den Blick in die Karten nicht gewährt. Der langjährige Vertraute des Ministerpräsidenten sprach wenigstens im Sinne eines Staatsmannes, der die nächste Zukunft zu ergründen bemüht ist. Darauf verweist sich Paleologue bei seinen diplomatischen Weisagereien. Er selbst rühmt sich dessen in seinen Erinnerungen an die Petersburger Tätigkeit. Alles ist für den besten Kenner Russlands, der russischen Monarchie, den bolschewistischen „Laumel“. Man bezeichnet eine gründliche Beschäftigung mit russischer Literatur als die beste Vorbereitung auf die Beurteilung äußerer Vorgänge nach einem ganz anderen Maßstabe, als man es von den französischen Agenten und sonstigen Gewährsmännern gewohnt ist. Das Poincaré, bei seinem Amtsantritt, diesen Diplomaten zu seinem Mitarbeiter gemacht hat, beweist, mit welchen Absichten die Hände nahm. Ohne Paleologue läßt sich heute am Duval nicht nur wenige Männer, die — unter Ausschaltung der in der Sache gerichteten Spezialfragen — den aus dem Ausland kommenden Blick haben, wie er Paleologue nachgekommen ist in Konzeptionsangelegenheiten sehr erfahren, hat nachher der französischen Rüstungsindustrie. Das ist aber nur literarische Tätigkeit, in der er sich als Anhänger des romanischen Imperialismus zu erkennen gibt, könnte noch erwähnt werden.

Die Konferenz des besten französischen Russlandkenners zu dem Vortrage Oswald Spenglers bezeichnet, der hier starke „Conférences“, der Vereinigung führender Politiker der Republik. Seine Worte sind Balsam auf die Wunde der in Paris schwebenden russischen Demokraten der Kerenski-Epoche. In den den deutschen Barbaren, gegen den Zwingers Europos, gegen Solobaten des „prachtvollen Führers Nikolajewitsch“ für das ist nun einmal die Ueberzeugung Paleologues. Und wie könnte es auch anders sein? War er es doch, der in den kritischen Momenten an der Renna die Kriegspropaganda leitete, der mit dem Großfürsten Nikolajewitsch zusammenarbeitete. Seine Erinnerungen lassen mehr erraten, als er selbst sagt. Wichtig ist jedoch, daß Paleologue in dem Vordringen der russischen Massen auf Deutschland ein zügelloses Schlammrücken Europas hat zu erkennen glaubt. Mit diesem Halle zu rechnen, ihn, gleich der Zahl der an einer Konferenz teilnehmen lassen — das war das Geheimnis! Daraus folgt Paleologue ein Stück der wahren moskowitzischen „Laska“ gilt ihm für einen „Verfallener des echten Russentums“, das den mystischen Haß gegen Europa mit dem Konstantinopel führt er als Beweis dafür an, daß die russische Außenpolitik auf „eine Spaltung der europäischen Gemeinschaft“ gerichtet war. Der Druck nach Stambul diene keinem anderen Ziele, als der Ausweitung Englands gegen Deutschland; die Vereinbarungen mit Frankreich stellen die „westliche Zielrichtung“ dar. Auf den Trümmern Russlands sollte sich aus diesem Morden erheben. Auf den Trümmern Europas wollen die Erben des Imperiums verwirklichen, was ihren Vorgängern nicht gelungen ist.

Der Bolschewismus ist „der sublimste Träger des in seiner Existenz, in seinem Geistesleben bedrohlichen“ sei. Paleologue glaubt, daß in Moskau alles, was die Erkenntnis erweckt, man könne den Westen nichts anbringt der Bolschewismus, dessen innerer Aufbau schlecht und brüchig ist, endgültig zusammen. Wie vermag aber Europa zu triumphieren, wenn es nichts für die heutigen Rüstungsplan für die kommende Monarchie in Russland vorbereitet. Der Weg zum Zarentum auf dem die Demokraten in und außerhalb Russlands bereiten den Zusammenbruch der Sowjetregierung zu beschleunigen. Diese Erklärung Paleologues klingt etwas un diplomatisch. Frankreich fährt gegen die Gewalttäter Krieg. Die Expeditionsarmee, Denikins, Wrangels sind „Ehrenzeichen der russischen Herrschaft seit sei, glaubt Paleologue nicht. Das Volk

ist enttäuscht. In Moskau wird der Umschwung vor sich gehen, wahrscheinlich durch eine Verständigung mit den hoffnungslosen Bolschewisten, die alle ihre Trümpe ausgespielt haben. Die Wiederherstellung der Monarchie wird „automatisch“ eintreten. Von den Demokraten erwartet man kluge Reformen: Einführung des Föderalismus, Pressefreiheit, allgemeines Wahlrecht. Dann ist Russland reif für ein Bündnis mit Frankreich. Die Republik wünscht diese Allianz mehr denn jemals. Europa kann nicht früher zur Ruhe kommen, als bis diese Frage gelöst ist. Die Sicherheit Frankreichs ist von dem Verhältnis Russlands zu den europäischen Staaten abhängig. Deutschland wäre endgültig in die Bestimmungen des Versailler Vertrages gezwungen, wenn Russland zum Verbündeten Frankreichs geworden ist. Die militärische Position Frankreichs würde durch ein Bündnis mit Russland eine dauerhafte Kräftigung erfahren.

Das ist Paleologues Meinung über die Russenpolitik, die er seinem Lande „schenken“ möchte. Sie gleicht natürlich auf ein Haar der Einkreisungsarbeit, wie sie Poincaré in den Jahren 1912—1914 betrieb. Der charakteristische Unterschied ist bloß der, daß der eventuelle Schutzvertrag mit England als französische „Sicherung“ unbeachtet bleibt. Paleologue spricht nicht einmal davon. Um so mehr betont er die Möglichkeit enger Beziehungen zwischen der kommenden russischen Monarchie und der Kleinen Entente. Er addiert einfach Bajonette und gelangt zu dem Resultate, daß Frankreich die Allianz mit einem neuen Zarenreiche benötige, um in Europa „auf festen Füßen zu stehen“.

Der Geist dieser Ausführungen gewährt den Blodorganen sichtlich große Genugtuung. Seit vierzehn Tagen grübeln die Mehrheitspolitiker über die Geheimnisse der Russenpolitik Poincarés. Daß der erregte Hasser Lenins und Trojtsch mit den Moskauer Regierungsmännern paktieren wollte, glauben sie nicht. Ebensoviele halten sie Poincaré einer Finanzoperation mit dem heutigen Russland für fähig. Paleologue, der Ablass des Ministerpräsidenten erteilte den Fragen einige Aufschlüsse. Man könnte ebenso gut von tröstlichen Versicherungen sprechen. Die französische Russenpolitik rechnet mit dem Zusammenbruch der Räteherrschaft, festlegen will sie sich nicht, aber sie will Zeit gewinnen, um in gegebenen Augenblick diplomatisch bereit zu sein. „Was jetzt geschieht, ist ein Zwischenspiel“, schreibt der „Temps“, bezugnehmend auf Paleologues Konferenz. Vielleicht sind diese beruhigenden Worte nach London geschickt; sie gelten aber auch für hiesige politische Kreise, denen Poincarés „Spiel mit dem Moskauer Feuer“ — so schreibt „Journal“ — Unbehagen bereitet.

### Die Konferenz von Genua.

Zu der Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré.

Paris, 22. Febr. Die Havasagentur berichtet aus London, in dem letzten Kreis verlaute, daß Lloyd George und Poincaré in ein oder zwei Tagen in Frankreich zusammenkommen, allerdings nicht in Paris. Neuer verläuft hierzu eine Note, in der der gemeinsame Wunsch Frankreichs und Englands hervorgehoben wird, daß eine private Unterredung zu dem angegebenen Zeitpunkt zwischen den beiden Premierministern stattfinden. Ort und Datum seien noch festzusetzen. Lloyd George werde nur von einem Sekretär begleitet und nicht länger als einen Tag von London abwesend sein. Die alliierten Sachverständigen würden erst nach der Zusammenkunft der beiden Premierminister die erste Sitzung abhalten. Hierzu bemerkt Havas offiziös, die Unterredung der beiden Staatsmänner, der keine Sachverständigen beiwohnen würden, würde nur eine Stunde dauern und streng privaten Charakter tragen.

Paris, 22. Febr. Der offiziöse „Petit Parisien“ hofft im Hinblick auf die kommende Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré, daß die Unterredungen sich nicht auf das allgemeine Problem der Reparationen, sondern vielmehr darüber hinaus auf die Frage der interalliierten Schulden erstrecken werden. Solange Lloyd George seine Gedanken an Chequers, die er Roucheur gegenüber am 8. Dezember ausgesprochen hat, nicht aufgeben, werde es wahrscheinlich vergeblich sein, die wirtschaftliche Krise zu heilen, unter der heute Europa leide. Frankreich und England müßten sich unterstützen von der Kleinen Entente entschließen. Schon jetzt die großen Schwierigkeiten in Europa zu lösen statt noch weiter auf den Bestand Amerikas zu warten.

### Ein Vorschlag Dr. Benesch.

Paris, 22. Februar. Die Pariser Morgenpresse bestätigt die Londoner Meldungen, daß in den nächsten Tagen eine Beratung zwischen Lloyd George und Poincaré stattfinden wird. Man glaubt hier, daß es Benesch gelingen ist, einen vermittelnden Standpunkt zu finden, auf dem sich Lloyd George und Poincaré geeinigt haben. Benesch, der erst die Absicht hatte, unverzüglich nach Rom weiter zu reisen, bleibt nun kurze Zeit in Paris und soll während seines Aufenthalts Fühlung mit den französischen Sachverständigen für die Konferenz von Genua nehmen, um diese über gewisse Pläne der englischen Regierung aufzuklären. Benesch soll für die Behandlung von Räterussland eine stufenweise Wiederaufnahme des Verkehrs angeregt haben. Nach seiner Ueberzeugung wird man den guten Willen der Bolschewisten am besten dadurch auf die Probe stellen, daß man sie veranlaßt, unverzüglich alle Ausländer, die Privilegien in Russland hatten, in ihre alten Rechte wieder einzusetzen. Werde die Regierung von Moskau diese Probe in den nächsten sechs Monaten bestehen, dann könne man weiter mit ihr verhandeln und allen Ernstes die Wiederaufnahme geregelter Beziehungen ins Auge fassen. Durch die Annahme dieses Kompromißvorschlags werde der Denkschrift Poincarés der Boden entzogen und der Weg freigemacht für eine interalliierte Sach-

verständigenausprache zur Vorbereitung der Konferenz von Genua. Gestern nachmittag wurde hier als Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz bestimmt der 25. April genannt. Poincaré werde sich nicht nach Genua begeben. Erster Vertreter Frankreichs werde Viviani sein, jedoch werde Poincaré, wenn Lloyd George es wünsche, der Eröffnung der Konferenz beiwohnen; als Verhandlungsleiter der französischen Abordnung wolle er nicht auftreten.

### Italien und die Verschiebung.

Rom, 22. Febr. Das Kabinett Bonomi wird die französische Forderung, die Konferenz von Genua drei Wochen aufzuschieben, nicht selbst beantworten, sondern die Entscheidung der neuen Regierung überlassen, deren endliches Zustandekommen gerade wegen der Konferenz immer dringender von der Öffentlichkeit gefordert wird. Voraussichtlich aber nimmt die kommende Regierung den dreiwöchigen Aufschub an, welcher ihr selbst zum Studium der Probleme nötig ist.

### Der englisch-französische Garantievertrag.

Englands Bedingungen.

Berlin, 22. Febr. Nach einer Ost Europe-Meldung aus Paris schreibt der Londoner Korrespondent des „Journal“, daß England in der Frage des englisch-französischen Garantievertrages zur Bedingung mache, daß der Vertrag auf kein anderes Gebiet als das eigentliche französische Territorium ausgedehnt werden dürfe. Neben diesen schon bekannten Bedingungen fordert England, daß keine regelmäßigen Besprechungen der beiderseitigen Generalstäbe stattfinden sollen. Der Artikel 43 und 44 des Versailler Vertrages würde jedoch auf Wunsch Frankreichs in den Vertrag mit aufgenommen werden. Der auf Gegenseitigkeit aufgebaute Vertrag soll sich auf 20 Jahre erstrecken.

Artikel 43 des Versailler Vertrages betrifft die Zusammenziehung und Unterhaltung einer bewaffneten Macht auf dem linken Rheinufer, und Artikel 44 erklärt jeden Verstoß gegen Artikel 43 des Versailler Vertrages als eine feindselige Handlung.

### Der englisch-belgische Garantievertrag.

Berlin, 22. Febr. Die „B. N. Z.“ meldet aus Brüssel, daß dort der abgeänderte Text des englisch-belgischen Garantievertrages veröffentlicht wurde, der folgenden Wortlaut hat:

In der Erwägung, daß Belgien, das mit seinem Gebiet zwischen Deutschland und Frankreich gelegen ist, sich in einer besonderen Lage befindet, in der Erwägung, daß Deutschland trotz des Vertrages, durch den es verpflichtet war, die Unabhängigkeit Belgiens zu achten, im August 1914 Belgien überfiel, um Frankreich anzugreifen, in der Erwägung, daß Belgien nach immer unter den Folgen dieses Angriffs leidet, sind S. M. die Könige von England und Belgien übereingekommen:

1. daß im Falle eines nicht provozierten Angriffs auf belgisches Gebiet England sofort mit allen seinen Land-, Flotten- und Luftstreitkräften zur Hilfe kommen wird;
2. daß Belgien seine ganze Land-, Flotten- und Luftmacht einsetze, um seine Grenzen bei einem Angriff auf sein Gebiet zu verteidigen;
3. daß der heutige Vertrag 20 Jahre in Kraft bleiben wird.

### Fragen des nahen Ostens.

Die Forderungen der Regierung von Angora.

London, 22. Febr. Der Konstantinopeler Berichterstatter der Morning Post erfährt aus maßgebender Quelle, daß die acht Hauptforderungen der Regierung von Angora, deren Vertreter auf dem Wege nach Paris und Rom sind, folgende seien:

1. Konstantinopel erhält seine Vorkriegsstellung wieder und wird von fremder Besetzung befreit.
  2. Die nicht mohammedanischen Minderheiten erhalten nur solche Vorrechte, die mit dem „nationalen Pakt“ vereinbar sind.
  3. Retrierte auswärtiges Eingreifen bezüglich Armeniens.
  4. Anerkennung aller von der Angoraregierung abgeschlossenen Verträge durch die Verbundmächte.
  5. Vollständige Unabhängigkeit der Türkei in militärischer, geldlicher und politischer Hinsicht.
  6. Bedingungslose Rückertattung Smyrnas und aller von den Griechen besetzten Gebiete an die Türkei.
  7. Autonomie für Westthrazien und Rückertattung von Ostthrazien an die Türkei.
  8. Eine türkische Flotte und ein türkisches Heer, die zum Schutze der Türkei gegen Einfälle ausreichend sind.
- Nach der Morning Post wird ein Punkt den genannten Forderungen noch hinzugefügt, daß die Türkei und Russland nämlich die Zukunftstellung der Meereengen regeln sollen. Die Türkei macht auch Entschädigungsansprüche gegenüber Griechenland geltend.

### England und Irland.

Vertragung des Sinnfeinerkonvents.

London, 22. Febr. Der Dubliner Konvent der Sinnfeinerorganisation ist heute erst nach 1 Uhr mittags wieder zusammengetreten. De Valera teilte sofort mit, daß zwischen den Führern der Parteien ein Abkommen getroffen wurde dahingehend, daß 1. der Konvent um 3 Monate verlagert werde, um den Unterzeichnern des Londoner Abkommens Zeit zu geben, die Verfassung des Freistates auszuarbeiten und daß

2. der Daill Circaann seine Tätigkeit fortsetzen solle und daß seine Abstimmung im Daill Circaann als Parteivotum betrachtet werden dürfe, was den Rücktritt des Präsidenten und der vorläufigen Regierung zur Folge haben müßten. In der Zwischenzeit sollen keine Parlamentswahlen abgehalten werden. Nach Vornahme der Wahlen soll die Verfassung des Freistaates in ihrer endgültigen Form zugleich mit den Artikeln des Londoner Abkommens den neugewählten Vertretern unterbreitet werden, um sie in die Lage zu setzen, zwischen Republik und Freistaat zu entscheiden. Die Vereinbarung zwischen den Parteiführern wurde von der Versammlung mit großen Beifallstundgebungen einstimmig angenommen.

### Aus dem Vatikan.

**E. P. Mailand, 22. Februar.** Nach dem Secolo beabsichtigt Papst Pius XI. den Hgr. Kard. Rossi zum Erzbischof von Mailand zu ernennen. Gegenwärtig verwaltet dieser Prälat die Diözese Vicenza.

**E. P. Mailand, 22. Febr.** Wie der Vatikan-Korrespondent der „Stampa“ erzählt, wird Pius XI. sein erstes Konsistorium noch vor Ostern abhalten. Der Kardinaldekan Bonaventura hat ihm nahegelegt, eine Verjüngung des Heiligen Kollegiums vorzunehmen, da mehrere der Purpurträger der Kurie über 70 Jahre alt sind. Benedikt XV. hatte kurz vor seinem Hinscheiden auf den Februar ein Konsistorium angekündigt, um neue Kardinele zu ernennen. Als Kandidaten für den Purpur nennt der Gewährsmann den Runtius in Vissobon Locatelli, den Runtius von Bologna Rocca und den Runtius von Washington Bonzano. Nach den vatikanischen Ueberlieferungen erhält auch der Konklavesekretär des neuen Papstes, Hgr. Sincero, den Kardinalshut. Ebenso wird eine Beförderung der Runtius von Paris, Robert und Berlin, der Hgr. Ceretti, Ledeschini und Paccelli zu Kardinalen erwartet.

### Ein neues deutsches Sachlieferungsprogramm.

**□ Berlin, 22. Febr.** (Von unserem Berliner Büro.) Ueber die Vorschläge für ein neues deutsches Sachlieferungsprogramm, zu dem die Anwesenheit einer Delegation der Reparationskommission den Anlaß gegeben hat, weiß der „Soz. Parl.-Dienst“ folgende Einzelheiten mitzuteilen: Die Delegation hat der deutschen Regierung vorgeschlagen, von den Sachlieferungen im Betrage von 1450 Millionen Goldmark, wie sie in Cannes vereinbart wurden, nicht nur an Frankreich abzuführen, sondern auch an alle anderen alliierten Staaten, und zwar so, daß Frankreich Sachlieferungen im Betrage von 500 Millionen auf die übrigen Entente-Staaten verteilt wird. Weiter soll nach dem Vorschlag das bisherige System, nach welchem alle Aufkäufe über behördliche Stellen gehen müssen, fortfallen, und der freie Aufkauf gestattet werden, so daß z. B. die französischen Aufkäufer die Beträge für die aufgelaufenen Waren direkt an ihre Regierung abführen und diese so erzielten Einkünfte auf das deutsche Reparationskonto gutgeschrieben werden. Da auf das Reparationskonto gutgeschriebenen, in Wirklichkeit deutschen Unternehmern zusehenden Beträge werden dann nach dem Vorschlag der Delegation den Gläubigern sofort von der deutschen Regierung ausbezahlt. Ueber die Einzelheiten der Vorschläge wird noch verhandelt. Im übrigen wird das System der Sachlieferungen im freien Verkehr auch morgen im auswärtigen Ausschuss verhandelt werden. Bei der Gelegenheit soll Herr Dr. Rathenau sich ausführlich äußern.

Gleichzeitig verhandeln die Vertreter der Reparationskommission mit der deutschen Regierung über die Ausdehnung des Sachlieferungsprogramms auf die Staaten der Kleinen Entente, insbesondere auf Jugoslawien, Polen, Rumänien und die Tschecho-Slowakei, wobei es sich vornehmlich um die Erhebung von Maschinen und Eisenbahnmateriale handelt.

Die Erfordernisse dieser Staaten sollen in der Weise geregelt werden, daß sie in Deutschland direkt einkaufen, sofern der Gesamtwert die Summe von 100 000 Franken nicht übersteigt. Die deutsche Regierung hat sich bereits in einer Erklärungspragung mit diesen Fragen beschäftigt.

### Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Verschärfung in den ungeklärten Streitfragen.

**WB. Genf, 22. Februar.** Die Arbeit des weitaus größten Teiles der Unterhandlungen ist beendet. Die Arbeiten der Unterhandlungen sind nunmehr so weit gediehen, daß ein Ueberblick über die deutsch-polnischen Verhandlungen möglich ist. So heißt man, daß das gesamte Vertragswerk gegen Ende der nächsten Woche erledigt sein wird. Jedoch können die Unterzeichnungsformalitäten erst später erfolgen, da der Vertrag einen sehr großen Umfang hat und viele Hunderte von Paragraphen umfaßt, die schwierige technische Probleme behandeln und außerdem die Herstellung des französischen Textes sorgfältigste Redigierung erfordert. Ein abschließendes Urteil über das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich noch nicht abgeben. Die Zahl der einzelnen Streitpunkte ist jedenfalls seit Beginn der Verhandlungen wesentlich geringer geworden. Aber in noch unerledigten Streitfragen haben sich die Meinungsverschiedenheiten eher noch verschärft.

Im wesentlichen waren noch die Probleme des Unterwandschusses 3 (Unterwandschuss), 10 (Liquidationsfragen), 11 (Minderheitsrecht) und 12 (Zwischenstaatliche Depositionen), der Lösung. Präsident Cailloux wünscht, daß auch in diesen Fragen eine unmittelbare Einigung zwischen den Beteiligten unter Vermittlung des Schiedsrichters erfolgen möge. Es ist aber sehr fraglich, ob eine solche Einigung zu erreichen sein wird. Im übrigen schweben noch eine Reihe von Vertragsverhandlungen, so in Polen (Konten), in Deutschland (Teilung der Knappschaffen u. s. w.).

Besonders hart ist der Gegenstand in der Minderheitsfrage. Die polnischen Vertreter wollen lediglich die Einigung des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919 in den deutsch-polnischen Abkommen. Nach deutscher Auffassung ist ein solches Ansehen für die obersteinsten Verhältnisse schon deshalb unmöglich, weil jener Vertrag den ungeschönten Zusammenhang zwischen Minderheitsrechten und Wirtschaftsverträgen wie er in Oberschlesien besteht, nicht berücksichtigt. Die Arbeiten im 12. Unterwandschuss werden ankerordentlich schwierige juristische Fragen auf. Wo die künftigen Verbindungen der gemischten Kommission zu den Befehlungsbehörden und den Völkerbundesinstitutionen dem Völkerbundesrat und dem ständigen internationalen Gerichtshof nur im unausführlichen Zusammenhang mit den übrigen Teilen des Vertrages stehen, ist eine befriedigende Lösung des komplizierten Problems denkbar. Aber auch hier bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. So wollen die Polen die Minderheitsfrage von der Zuständigkeit der gemischten Kommission ausschließen und bei der Bevölkerung nur den Appell an den Völkerbundesrat zulassen.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen beweist von neuem, wie dies übrigens stets von deutscher Seite vorausgesetzt wurde, daß es leichter ist, eine wirtschaftliche Einheit zu zerlegen, als sie nachher wieder zusammenzusetzen. Immerhin ist man sich auf deutscher und polnischer Seite darüber klar, daß die

gegenwärtigen Verhandlungen nicht nur für den Abschluß des Genfer Abkommens entscheidend sind, sondern auch als Brücke für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen. Die allgemeinen direkten Verhandlungen, die später zwischen den beiden Ländern notwendig sein werden, können in dem natürlich nicht geführt werden. Auf jeden Fall aber ist für Deutschland in den gegenwärtigen Einigungsverhandlungen bei aller Verantwortlichkeit nur ein Ausblick möglich, der den wichtigen Lebensinteressen des Reiches mit den Besten der absehbaren Bevölkerung nicht widerspricht. Auch lassen die deutschen Bevollmächtigten keinen Augenblick einen Zweifel darüber bestehen, daß selbst eine Einigung in den hier zu lösenden Fragen, so notwendig sie auch sein mag, das schwere Unrecht nicht aus der Welt schaffen kann, das der Beschluß vom 20. Oktober dem deutschen Volke und dem besagten Oberpräsidenten zufügt.

### Die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten.

(Von unserem Berliner Büro.)

Der Reichstag hat gestern nur eine kurze Sitzung gehalten. Nach knapp zwei Stunden war alles vorüber und die schwarz-rot-goldene Sitzung, die jetzt immer den Sitzungstagen flücht, sank dem Rahmenstod. Dennoch war ein ansehnliches Programm erledigt. Der Haushalt des Reichspräsidenten, des Reichsministeriums, sogar des Reichsanwaltschafters und die Konzepte über die Erhebung der zur Förderung des Wohnungsbaus bestimmten Abgabe wurde in dritter Lesung angenommen. Nur die Schlussabstimmung über das Reichsmietengesetz blieb noch zu erledigen. Es sind in allen bürgerlichen Parteien, auch im Zentrum und bei den Demokraten, beträchtliche Bruchteile, denen dieses Gesetz innerlich widersteht. Man will sich den Galus noch einmal überdenken und sehen, ob man nach der Pause, die vom Samstag bis Mittwoch wahren soll, sich nicht zu ärgerlicher Klarheit durchdringt.

Beim Etat des Reichspräsidenten gab es eine kleine politische Debatte, nicht um der Person des Reichspräsidenten willen. Herr Ebert führt kein Amt in Korrektheit, mit einem Takt, den selbst Herr Hergt anerkennen muß. Inwieweit die Deutschnationalen haben verfassungsrechtliche Schmerzen. Es geht ihnen zu Herzen, daß dieser prominente, auf Grund eines Reichsgesetzes gewählte Präsident nun schon das vierte Jahr im Amt ist. Gerecht verdrückt es sie auch, daß dem besagten Juridizierenden beim besten Willen sich nichts am Heuge finden läßt. Kurz Herr Dr. Hergt versichert, was außer ihm nicht viele wahr genommen haben werden: Das Volk sei voll Unruhe. Ob die Regierung sich denn schon Gedanken über die Neuwahl gemacht habe, auf daß alles, wie gehörig, secundum ordinem sich abspiele. An der Ministerbank sah zur Stunde nur Herr Haddbruch. Der aber suchte auf eine seltsame Weise sich aus der Affäre zu ziehen. Die Frage gehörte zum Etat des Reichspräsidenten. Beim Haushalt des Reichspräsidenten wüßte die Regierung keine Ausprüche. Das war für einen Sozialisten etwas arg farnostisch, und so mischte mit mildem Tadel sich auch Herr Rathenau. Herr Haddbruch, der die gleiche Fakultät, der vorkonstitutionelle Abg. Kahl, in die Erklärung, die Kommunisten Frölich und Adolf Hofmann übten sich in minderwertigen Scherzen und zu unterfertigung, um das wilde Schauspiel abzukürzen, Herr Haddbruch vor, die Abstimmung auszuschieben, bis der Kaiser bei seinem Etat die erforderlichen Erklärungen abgegeben hätte, was dann ein paar Minuten später auch geschah. Gerade in diesen Stunden darf die Regierung ein gutes Gewissen haben, sie hat nichts anderes getan, als was das bürgerliche Ministerium Fehrenbach auch getan hat. Die an sich nicht dringliche Frage offen lassen, bis sie wirklich unabweisbar würde. Der Zeitpunkt dafür wird aneben sein, wenn der obersteinsten Handel völlig bereinigt ist. Dann, so betonte Dr. Wirb, der inzwischen im Saale erschienen war, würde die Regierung sich mit den Parteien an den Verfassungsausschuss sehen, um die Modalitäten der Wahl und den Termin zu bestimmen.

**□ Berlin, 23. Febr.** (Von unserem Berliner Büro.) Der „Kocwärt“ leit ein bisher unbekanntes Schreiben des Reichspräsidenten vom 21. Oktober 1921 mit, in dem Herr Ebert die Reichsregierung dringend bittet, zu veranlassen, daß nunmehr unverzüglich Vorbereitungen für die Wahl des Reichspräsidenten getroffen werden. Ebert verweist in diesem Schreiben darauf, daß er bereits an Herrn Fehrenbach die gleiche Bitte gerichtet, dieser ihn aber damals gebeten hatte, mit Rücksicht auf die Lage des Reiches sein Amt vorläufig weiterzuführen.

### Sitzungsbericht.

**WB. Berlin, 22. Februar.** Der Reichstag hielt heute nur eine kurze Sitzung ab. Das Haus war schwach besucht. Auf der Tagesordnung stand zunächst die dritte Lesung des Reichsanwaltschaftsgesetzes. Es wurden zwei Entwürfe angenommen: ein deutschnationaler, der den Reichsanwaltschaften namentlich vorgeschrieben und ein vom Zentrum, Demokraten, Reichsbildungsvereinen und Unabhängigen gestellter Antrag, der verlangt, das Reichsanwaltschaftsgesetz heute von der Tagesordnung abzuziehen und die Beratung erst in der nächsten Woche vorzunehmen.

Nachdem die Abgg. Beyer-Krusenberg (Zentr.), Schulz-Bromberg (Dnt.) und Müller-Franken (Soz.) zu den Entwürfen Stellung genommen hatten, wurde mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die dritte Lesung des Gesetzes auf nächste Woche vertagt.

Es folgte die dritte Lesung des Reichsrentengesetzes, wobei Abg. Marehs (D.D.P.) erklärte, daß ein Teil seiner Parteifreunde dem Gesetz zustimme, ein anderer Teil es ablehnen werde. Die Vorlage wurde im einzelnen nach den Beschließen der zweiten Lesung und schließlich in der Gesamtabstimmung angenommen.

Die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über vorübergehende Rechtspflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet wurde auf Vorschlag des Präsidenten Loeb mit Rücksicht darauf, daß es zweifelhaft sei, ob heute eine verfassungsmäßige Mehrheit zustandekomme, bis zur nächsten größeren Abstimmung zurückgestellt.

Es folgte nunmehr die zweite Beratung des Etats für 1922 und zwar zunächst beim Haushalt des Reichspräsidenten. Abg. Hergt (Dnt.) besprach hierbei die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten. Die Person des gegenwärtigen Reichspräsidenten scheidet dabei vollkommen aus. Das ganze Volk soll auf weite Sicht in eigener Erziehung beizugehen zur Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten Stellung nehmen können.

Reichsjustizminister Dr. Kubacki erwiderte, daß die Reichsregierung es ablehnen müsse, beim Haushalt des Reichspräsidenten in eine politische Debatte einzutreten. Das gehörte zum Etat des Reichspräsidenten.

Der Kommunist Frölich, der dann zu Worte kam, lehnte natürlich den Titel ab und beruhte die Gelegenheit, die allgemeine Anwesenheit zu verlangen und scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten zu richten.

Abg. Dr. Kahl (D.D.P.) erklärte, daß seiner Partei nichts ferner liege, als etwa der Gedanke, eine politische Aktion veran-

halten zu wollen, aber es müsse Klarheit geschaffen werden über die Erfüllung einer Vorbedingung der Verfassung. Das auch der Kommunist Daill Hoffmann den Etat ablehnte, ist selbstverständlich. Nicht Neuwahlen, sondern Abschaffung des Reichspräsidenten ist für ihn bereit.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) beantragt Ablehnung des Titels von der Tagesordnung, da die Regierung abgelehnt habe, die Frage nach Neuwahlen zu beantworten.

Die Abstimmung darüber wurde auf Vorschlag des Reichspräsidenten Bell abgelehnt und das Haus ging zum Etat des Reichspräsidenten über.

**Reichsanwalt Dr. Wieth**  
Im Hauptauschuss war eine Vereinbarung darüber getroffen worden, daß die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten beim Etat des Reichsanwaltschafters zur Sprache kommen sollte. Aus dem Laufe der heutigen Debatte, wie sie mir übermittelt worden ist, ergibt sich, daß es zweifelhaft ist, in Zukunft erst den Etat des Reichsanwaltschafters zu beraten und dann den Etat des Reichspräsidenten zu erledigen. (Zustimmung.) In der Sache selbst besteht gar keine erhebliche Meinungsverschiedenheit und ich gebe auch gern eine Erklärung darüber ab. Soweit ich unterrichtet worden bin, ist von dem Redner der Deutschnationalen Volkspartei erklärt worden, im Bande bestünde das größte Interesse daran, wenn und wie die Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen werden sollte. Es ist richtig, daß dieses Interesse besteht. Aber die Beunruhigung, von der Herr Ebert sprach, ist in keiner Weise vorhanden. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Es hat jedermann in unserem Vaterlande begreifen, daß vor der Erledigung und — ich gebe noch einen Schritt weiter — vor der endgültigen Verlesung der obersteinsten Frage, die Wahl des Reichspräsidenten gar nicht hätte stattfinden können. (Erneute Zustimmung.) Es ist also ganz selbstverständlich, daß die Regierung, vor Erledigung dieser Frage Erklärungen nicht abgeben konnte. Ich gebe aber — und ich bin überzeugt, damit die Meinung der übrigen zuständigen Stellen zu treffen — die Erklärung ab, daß mir sehr wohl nach Erledigung der obersteinsten Angelegenheit, die nun in Aussicht steht, als Mitglied der Führer aller Parteien dieses Hauses in eine Besprechung eintreten können, zu welchem Termin am besten die Wahl des Reichspräsidenten festzusetzen ist. Wenn wir damit die Meinung des Reichstages nicht treffen wollten, haben es die Herren nach dem Gesetz vom 4. Mai 1920 über die Wahl der Reichspräsidenten selbst in der Hand, ihren Willen kundzugeben. Es heißt darin:

„Der Reichstag bestimmt der Reichstag. Es muß ein Sonntag oder ein feierlicher Ruhetag sein.“

Es besteht also hier vollkommene Klarheit. Ich gebe aber noch einen Schritt weiter, und erkläre Ihnen, daß mit Erledigung der obersteinsten Frage, die der Neuwahl des Reichspräsidenten als eine dringliche auch von der Regierung angeht wird. Damit ist auch schon geschaffen und das Haus wird Gelegenheit haben, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. (Beifall.)

Hierauf wurde der Etat des Reichsanwaltschafters bewilligt, ohne weitere Erörterung der Etat des Reichspräsidenten. Das Haus verlegte sich sodann auf Donnerstag 2 Uhr: Etat des Reichsjustizministers und des Reichsfinanzministers.

**Protest gegen die Gewalttaten in Oberschlesien.**  
**WB. Berlin, 22. Febr.** Der auswärtige Ausschuss des Reichstages erwiderte heute zunächst einige Petitionen. Im Anschluss an eine Anfrage des Abg. Dr. Hertzfel (Ztr.) wurde von dem Redner der verschiedenen Parteien auf die unerträglichen Verhältnisse im obersteinsten Schlagsgebiet hingewiesen, namentlich unter Bezugnahme auf die jüngsten Vorkommnisse in Gelmlich. Es kam dabei einmütig zum Ausdruck, daß die Regierung schärfsten Protest gegen die Gewalttaten erheben müsse. Die interalliierte Kommission in Oppeln müsse darauf gedrungen werden, daß es ihre Pflicht sei, die Bevölkerung, welche ihrem Schicksal anvertraut ist, gegen die Fortsetzung solcher Gewalttaten zu schützen.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung sich entschlossen, bei der interalliierten Kommission angelegene Schritte zu tun.

**Die Wirtschaftsbekämpfungen.**  
**WB. Berlin, 22. Febr.** Der Hauptauschuss des Reichstages hat die Entwürfe abgelehnt, welche die Zahlung einer Wirtschaftsbekämpfung nur bis zu einer Obergrenze von 44 000—50 000 Mark bewilligen wollten. Die Wirtschaftsbekämpfungen wurden in der von der Regierung vorgeschlagenen Form vom Hauptauschuss bewilligt. Beim Etat des Reichsministeriums des Innern wurden im 5. Kapitelgesetz 10 Millionen bewilligt für den Haushalt des Reichsfinanzministeriums wurden rund 2 1/2 Millionen Mark für die Zahlungen zu den Renten aus der Invaliden- und Unfallversicherung bewilligt.

**Deutsches Reich.**  
**Von der Reichskonferenz der U. S. P.**  
**□ Berlin, 23. Febr.** (Von unv. Berl. Büro.) Ueber die gestern von vielen mit Spannung erwartete Reichskonferenz der U. S. P. wird heute in der „Freiheit“ ein längerer Bericht veröffentlicht, der aber keineswegs einseitig ist. Es wird da erzählt, daß Herr Trepsien über die Gründe derjenigen referiert hatte, welche das Vertrauensvotum für Herrn Dr. Wirb ablehnten. Dann hat Herr Breitfeld das Gegenreferat erstattet und betont, daß dem Fernbleiben der 12 Fraktionsgenossen, mit denen zusammen er den Saal verließ, keinesfalls Besprechungen oder Verhandlungen vorausgegangen waren. Aus dieser Haltung möchte man schließen, daß Herr Breitfeld einwillen noch keine rechte Reueigung hat, den Exodus zu vollziehen. Nach mehrstündiger Aussprache wurde dann eine Entschließung angenommen, in der die Konferenz die Gründe der Reueigung bei der Ablehnung des Vertrauensvotums billigt. Dann verhandelte man über die Aufnahme der „Soz. Gruppe“ und beschloß, die Entscheidung über die einzelnen Begleitverordnungen zu überlassen. Zuguterletzt gab es dann noch einen „einstimmigen“ Protest gegen die Auslieferung der Wäcker Dolos an die spanische Regierung.

**WB. Berlin, 22. Febr.** Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichstages hat heute einen Entwurf über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht bis 31. März 1923 verlangt, mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Geltungsdauer zur persönlichen Ausnahme von Zahlungsmitteln in der Geldwertverwertung entsprechend bis 30 000 M. erhöht.

### Letzte Meldungen.

**WB. Berlin, 22. Febr.** Nach einer Londoner Meldung der Berliner Abendpresse zur Frage der Auslieferung der 100 Kriegskriegsgefangenen, hat die englische Regierung im Hauptauschuss erklärt, daß diese Frage nur von der Gemischten Konferenz entschieden werden wird. Es sei Sache des Obersten Rates, den Bericht zu prüfen, den die zur Unterbringung der Kriegsgefangenen nach Deutschland entsandte interalliierte Kommission erstattet hat.

**WB. Wien, 22. Febr.** Korr.-Büro: Bundeskanzler Schober lehnt gestern die Inspektion der burgenländischen Verwaltung fort u. beauftragt Oberst, Grafen von Hrad und Reussfeld. Der Bundeskanzler wurde über den Bericht der Bevölkerung mit spontanen Sympathiebekundungen begrüßt. Alle Orte waren besetzt. In Reussfeld (südt. Burgenland) lebenden Bundesstruppen bis auf keine Abteilungen wieder in seine Garnisonorte zurückgeführt.



Veranstaltungen.

Theaternachricht. Die erste Aufführung des Infolge Erkrankung im Personal verfallenen Rolliere-Goldbach-Abends wird voraussichtlich Mitte nächster Woche im Nationaltheater stattfinden. Der Männergesangsverein Frohmann & B. Mannheim veranstaltet am Sonntag im Saale der Biederstraße die Aufführung der 'Wingertinsel', Operette in 3 Akten von G. Rittke und daran anschließend ein oberbayerisches Volksfest. Schon bei Beginn der Theateraufführung mußte der Saal wegen allgütigen Andranges gesperrt werden. Die Operette wurde unter der musikalischen Leitung des Vereinsdirigenten, Herrn A. Kaufmann, flott gespielt. Die Hauptrollen hatten Frä. U. Dör (Wingertinsel) und Herr G. Papendorf (Erich Heiden) als Gäste in dankenswerter Weise übernommen. Die übrigen Rollen teilten sich die Damen Frau W. Gille, Frä. Schumann und Scheeler, sowie die Herren Frau H. Brenner, Frä. Gille und U. Göt. Die Dekorationsinszenierung lag in den Händen des Herrn Max Baum. Die Wagen des Frohmanns gingen schon ziemlich hoch, wurden aber noch höher, als das Volksfest begann. Herr H. Bornhöfen (Apollon) hatte dem Saale eine entsprechende Dekoration gegeben. Da herrliche Leben im Wingertel und in der Bierhalle. Auf der Theaterbühne hatten sich die Solisten und Symphonisten des Vereins sowie die Schrammelmusik eingerichtet und die Damen U. Dör und A. Brenken (Apollontheater) sowie die Herren Frä. Kappel, Karl Kunz und U. Göt boten Gaben köstlichen Humors. Auch das Tanzen wurde nach dem Takt der Schrammelmusik tätig geschwungen, woran sich auch ein Meister Peh mit seinem Führer beteiligten. Um 12 Uhr fand die wohlgeleitete Veranstaltung ihr Ende und brachte dem aufstehenden alten Frohmann vollste Anerkennung.

Spielplan des National-Theaters und Neues Theater. Table with columns for date, time, and play titles.

Kommunale Chronik.

Das Reich und die Finanzen der Städte. Der Stadtrat in München hat sich vor einiger Zeit an den Bayerischen Städtebund gewandt mit dem Ersuchen, gegen die neue Belastung der Städte, die sich aus § 52 des Landessteuervergesetzes über die Kosten der Versicherung ergibt, entschiedene Stellung zu nehmen. Das Reichsministerium antwortete hierauf, daß es sich dabei zwar um eine wesentliche verwaltungsrechtliche Neuerung handelt, daß diese aber andererseits in ihren Auswirkungen für die öffentliche Armenpflege wesentlich entlastend wirken würde. Ein Rechtsanspruch auf Entlastung von diesen Kosten steht den Gemeinden nicht zu. Der Reichsfinanzminister wandte sich außerdem dagegen, daß der Bayerische Städtebund sich für berechtigt halte, zu schärferen Maßnahmen überzugehen, d. h. den Willen des Reiches zu beeinflussen. Eine solche Drohung sei unangehörig.

Daraufhin antwortete der Bayerische Städtebund, daß die sachliche Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums in keiner Weise den politischen wie finanzwirtschaftlich berechtigten und billigen Anforderungen der Städte entspreche. Die Finanznot der Städte sei durch die Reichssteuerverordnung verursacht worden, und diese vermehre sie fortwährend durch neue Belastungen ohne entsprechende Deckung. Die Städte werden daher bei jeder Gelegenheit den Kampf um die Befreiung der Gemeindefinanzen aufnehmen und sich darin durch die formaljuristischen Vorbehalte eines zwar geltenden, aber sehr verfeinerungsbedürftigen Rechtes nicht abhalten lassen. Auf die Dauer könne der ungenügende Logik nicht widerstanden werden, daß kontingentierbare Einnahmen mit stets wachsenden Ausgaben und Kosten unvereinbar sind. Die Zentral des Reichsfinanzministeriums wird juristisch gesehen, weil die Reichsbehörden hierzu unzuständig sind. Die Städte lassen sich durch keine Reichshilfe das Recht der Abwehr gegen eine schädigende Finanzgesetzgebung nehmen und beanspruchen nach allgemeinen Rechtsbegriffen das Recht der Ratwehr. K. K.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 23. Febr. Zum Leiter der hiesigen Polizeidirektion wurde Amtmann Achenstreck mit der Amtsbezeichnung Polizeidirektor ernannt. Zwei gefuchte Verbrecher sind von der hiesigen Kriminalpolizei in der Person des Tischschlossers Geometer Krüger und in der Person des Metzgers Jarat, eines farbigen Franzosen, festgenommen worden. Beide hatten in dem Sammelkeller zu Ingolstadt einen Soldaten überfallen und beraubt. Dann waren sie hierher geflohen, wo Jarat bekannt war, weil er früher die Portierstelle an einem hiesigen Kino inne hatte. Die beiden Verhafteten werden von ihren Heimatbehörden ebenfalls wegen verschiedener Verbrechen gesucht.

Stößen athletischer Stimmorgane und wie Hühner, denen man das Hirn aus den Köpfen ausschneidet, verlieren die Zuschauer das Haus. Über die Gefahren, die den Dichter verstanden haben wollten, applaudierten unentwegt. Paul Bildt, Regisseur und dauerhafter Autor, trat vor und dankte mit allen mimischen Gebärden der Achtung für den Erfolg des 'Schönen Regis'. Was ist von der Aktion 'Das letzte Gericht' und ihrem Dichter Julius Maria Becker zu sagen? Daß der Dramatiker des Neuen Volkstheaters Achtung verdient. Was sein, daß Julius Maria Becker eines Tages seine Begabung beweisen wird, wie heute schon einen heissen Willen. Einige Mängelchen auf der riesigen Schutzhalle des Jugenddramas geben Hoffnung. Freilich ist der Skripteur schwer zu überreden, der so meint, unter so furchtbaren vielen Worten müsse doch noch drängen das eine oder andere mit einigem geistigen Inhalt unterlaufen. Auch sind die Anekdoten aus Steinbergs gesammelten Werken vom verstorbenen Kapitän Beckers in Abzug zu bringen. Und was schließlich seine dramatische Idee betrifft, den inneren Zwiespalt eines Menschen durch seine Kontrastierung mit einem spotthaften Zwillingenbruder und zweiten Ich unter dem normen Aufwand von vierzehn (größtenteils unverständlichen) Akten Aufbau zu machen, so hätte uns eigentlich schon das kurze Wort 'Mozart'. Zwei Verden wahren, ach, in meiner Brust' genügt. Von der ethischen Gewinnung des Verfassers ziehen wir bedingungslos den Hut. Ganz im Gegensatz zu der Mehrheit seiner dichtenden Altersgenossen, die Dichter im Saaltempel des schrankenlosen Individualismus sind, steht er auf dem Pfad der Bescheidenheit. Seine überredenden Helmen führt er auf dem Pfad der Bescheidenheit zu diesem christlichen Ziele. In der Definition herrscht aber einige Unklarheit. Der Missionar verlangt u. a. von seiner einstigen Geliebten, daß sie ihr und sein neugeborenes Kind dahingabe, es willig sterben lasse. Das ist eine Hebräerlehre des 'Mutter-Geistes', die hauptsächlich an den Vatergefühlen zweifeln läßt. ... Herm. Krenz.

Heinrich Rehnardt, der Wiener Komponist, ist, 57 Jahre alt, an einem Herzleiden gestorben. Die Operetten 'Das süße Mädchen' und 'Reich im Frieden' haben seinen Namen berühmt gemacht. Rehnardt ist noch Schüler Anton Bruckners gewesen. Radiumanwendung der Deutschen Gesellschaft für Strahlentherapie. Auf Anregung der Stadtverwaltung Kreuznach wird die Deutsche Gesellschaft für Strahlentherapie Ende April eine Radiumanwendung veranstalten. Derselbe findet im Institut an den Röntgen für innere Medizin, der im Wiesbadener Kurhaufe von 23. bis 25. April stattfindet, in den Tagen vom 29. April bis 1. Mai im Kreuznacher Kurhaufe statt. Es sind bis jetzt über 20 Vorträge zugesagt. Zum 1. Male nach dem Kriege werden wieder alle Radiumforscher bei einer Sondertagung vertreten sein. Die wissenschaftliche, die höchste und wissenschaftlich höchste Bildung durch ihren Reichtum an Radiumquellen bekannt) werden vertreten sein, ebenso alle Länder mit Radiumquellen versehen werden.

(-) Tauberhofsheim, 22. Febr. Von den im Bezirk Tauberhofsheim abzuliefernden 9650 Doppelzentner Getreide sind bisher 9627 Doppelzentner abgeliefert worden, sodas nur noch 23 Doppelzentner fehlen.

Storheim, 22. Febr. Beim Versuch, auf einen schon fahrenden Personenzug aufzuspringen, hat der 22 Jahre alte ledige Schneider Frh. Bader aus Mühlacker auf dem hiesigen Bahnhof sein Leben eingebüßt. Er glitt vom Leitbrett herunter und wurde so schwer gequetscht, daß er beim Oberkörper brach. Man zog ihn zwar noch lebend hervor, doch starb er, noch ehe der Kraftwagen eintraf, der ihn ins Krankenhaus bringen sollte. Möge der Fall für alle Reichsbahnen eine Warnung sein. Hier ist eine Rettungsstelle gegründet worden. Sie steht sich aus sechs Helfern und sechs Mietern zusammen und soll zur Rettung des starken Andranges von Anhängern beim Mieteneinigungsamt beitragen. Der Stadtrat hat der Rettungsstelle für ihre jeweiligen Sitzungen ein Zimmer im Rathaus zur Verfügung gestellt.

Merlingen, 22. Febr. Zu den Gedächtnis der Lieberlinger Fastnacht gehörte der Schwertkampf, der alle zehn Jahre oder nach einem guten Weinjahr am Fastnachtmontag zur Aufführung kommen soll. Es sind jetzt Bestrebungen im Gange, den Schwertkampf auch in dieser Fastnacht zur Darstellung zu bringen, zumal das vergangene Jahr ein gutes Weinjahr war. Die beiden letzten Schwertkämpfe wurden gehalten 1900 und 1910 anlässlich der Jahrhundertwende und des 100jährigen Stiftungsfestes der alten Fahne sowie der Weihe der neuen Schwertfahne im Jahre 1910.

Aus der Pfalz.

Speyer, 22. Febr. Schon seit längerer Zeit ist der deutsch-evangelische Kirchenausschuss bemüht, den in größtem Elend befindlichen evangelischen Rassen, namentlich deutscher Herkunft, eine Hilfe zu leisten. Die Ausführung aller Pläne (Speierische bis her, daß es seinen Weg gab, Gelder oder Gaben an die Kollektenden in Russland zu übermitteln. Namentlich hat sich dieser Weg erfreulicherweise eröffnet, indem das rote Kreuz Gaben oder Gelder an den Bischof Friedrich in St. Petersburg und an den Generalluperintendenten Wener in Moskau zu überbringen in der Lage ist, welche letztere Verbindungen besitzt, um das Erhalten der Holzgabeln nach Soratow weiterleiten zu können. Das furchtbare Elend der evangelischen Deutschen in Russland ist so allgemein bekannt, daß weitere Ausführungen hierüber nicht erforderlich sind. Der protest. Landeskirchenrat in Speyer hat deshalb jüngst den evangelischen Rassen, namentlich deutscher Herkunft, eine Kirchensammlung innerhalb der pfälzischen Landeskirche für Sonntag den 5. März angeordnet.

Reusstadt a. H., 22. Febr. Eine Ortsgruppe Reusstadt des Deutsch-Evangelischen Volksbundes wurde auch in unserer Stadt gegründet und zwar im Anschluß an die Vorträge des Pfarrers Lorenz in der St. Marienkirche. Den Vorsitz führt der Verwaltungs-Oberkommissar Jakob Rebs beim Bezirksamt Reusstadt a. H.

Berichtszeitung.

Freiburg, 23. Febr. Ein eigenartiger Fall von Brandstiftung unterlag der Beurteilung durch die Geschworenen. Der hiesige Maurer Karl Aug. Weh aus Lörrach, setzte in einer Nacht im letzten Spätherbst den Lagerstuppen seines Vaters, des Bauunternehmers Weh in Lörrach in Brand, wodurch ein Schaden von rund einer halben Million Mark entstand. Das Motiv ist in einem jahrelangen Zerwürfnis des Sohnes mit dem Vater zu suchen. Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts billigten die Geschworenen dem Angeklagten mildernde Umstände zu, worauf er zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ferner hatte sich vor dem Schwurgericht der 26 Jahre alte Wirt Gustav Leutke aus Sulzfeld wegen räuberischer Erpressung, Raubs, Ruppel und Lieberwirts zu veranworten. Leutke hatte einen 63jährigen Tagelöhner aus Frankfurt a. M. eine etwa dreifach höhere Fehle als der Wert des Berechtigten betrag, verlangt und den Tagelöhner schwer mißhandelt. Er erhielt 10 Monate Gefängnis.

Halle, 23. Febr. Der fleischliche Esfan Paicar aus Lodz, der einen Koffertoten der Fabrik Lude auf der Straße überfallen und erschossen hatte, ist vom Schwurgericht Halle zum Tode verurteilt worden.

Berlin, 23. Febr. Die Schwurgerichtsoberhandlung gegen 7 Personen, die, wie wir berichteten, in riesigem Umfange Schieberien mit gefälschten Ein- und Ausfuhrscheinen betrieben haben, endet mit der Verurteilung sämtlicher Angeklagten und zwar: Kaufmann Walter Hohenstein zu 3 Jahren Gefängnis (1 Jahr 3 Monate verbüßt), Heiratsmittlerin Margarete Rös zu 1 Jahr Gefängnis (2 Monate verbüßt), die Kunstfrei-Inhaberin Aminda Braun zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis (9 Monate verbüßt), Carl Braun zu 3 Jahren Zuchthaus (1 Jahr verbüßt), die Schlepper Wolff zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, Werner zu 1 Jahr und 4 Monate, die 2 Jahre Gefängnis, außerdem zu Nebenstrafen von 1000 bis 6000 Mark Geldstrafe.

Sportliche Rundschau.

Rudern.

Süddeutscher Ruderverband. In der in Frankfurt stattgefundenen Verbandsvorhandlung wurden zwei weitere Vereine in den nunmehr 20 Vereine des Süddeutschen R.-V. aufgenommen: der Mainzer R.-V. 1903 und der Gießener R.-V. 'Hellas'. Als Regattatermine wurden festgesetzt: 19.-11. Juni Mannheim; 1.-2. Juli Frankfurt a. M.; 15.-16. Juli Gießen; 29.-30. Juli Mainz. Mit Ausnahme von Frankfurt sind die Termine noch nicht bindend. Die Hildesheimer Regatta findet entweder 14 Tage nach Mainz oder an dem für Mainz bezeichneten Termin, und die Mainzer Regatta als letzte Regatta statt. Mainz und Hildesheim werden sich darüber noch verständigen. Der Besuch der Deutschen Kampfruder-Regatta wurde dem Vereine freigestellt. Bei Rückgabe von Wanderpreisen erhalten künftig die drei Vereine, die bei der letzten alljährlichen Wettbewerbsveranstaltung gewonnen haben, seitens weiterer Vereine wurde ein erhöhter Betrag für Coppa gewonnen. Der diesjährige Rudertag wird am 14. und 15. Oktober in Schwetzingen abgehalten. Damit der Verbandsvorstand bis dahin über jeden Verein orientiert ist, wurde diesen einbezogen. Die Geschäftsverhandlungen bis spätestens 15. September erledigt zu haben. Die Genehmigung der neu ausgearbeiteten Beschlüsse wurde auf die nächste Verbandsvorhandlung zurückgestellt.

Neues aus aller Welt.

Tragischer Tod eines Arztes. Auf tragische Weise ist in Davenport im American der praktische Arzt Dr. Linnborn aus dem Leben geschieden. Zu einer Geburtshilfe herangezogen, trug er das toben geborene Kind auf seinen Armen und erklärte: 'Leider ist das Kind tot!' Im selben Augenblick sank er selbst vom Schlage getroffen, als Leiche zu Boden.

Der unterschlagene Ankerbrief. Nach Unterschlagung von 200 000 M. häufig gemordet sind, wie sich jetzt herausgestellt hat, seit Samstagabend zwei Boten des roten Kreuzes in Berlin, ein 19 Jahre alter Richard Kallits aus der Kottbuser Straße und ein 20 Jahre alter Arthur Blum aus der Sprengelstraße. Die beiden jungen Leute, seit längerer Zeit als Koffelboten beim roten Kreuz zu Charlottenburg beschäftigt, waren schon wiederholt damit betraut worden, Briefe und Wertpapiere, die bares Geld enthielten, nach der Kurierstube des Rosowitzer Ankes zu bringen. Es handelt sich um Preisgelder, die durch das rote Kreuz an Angehörige in Russland befördert werden.

Die jüngste deutsche Großstadt. Die Stadt Buer im schlesenspreussischen rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich überraschend schnell zur jüngsten deutschen Großstadt entwickelt. Dem 100 000 Einwohner der Stadt Buer, dem ältesten Kinde des Bergmanns Ramcke, wurde von der Stadt ein Sparrailstrassen über 5000 A. gemietet. Buer hat auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungen Hervorragendes geleistet. Tod in den Bergen. Dem 'Alpenland' zufolge sind bei den Gaminestützen in der Umgebung von Röhren der Kaufmann Deusscher aus Oberhausen in Bayern und der Schneidermeister Strublich aus Dresden tödlich verunglückt.

Handel und Industrie.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse. Mannheim, 22. Febr. Die Börse war etwas ruhiger, einzelne Werte erfolgten niedrigere Notierungen. Aktien wurden zu 700%, gehandelt, Benz zu 700% (nachbörlich bez. und G.), Waggonfabrik Fuchs zu 670%, Rhein-Elektrizität zu 500%, Unionwerke zu 700% (nachbörlich 710 bez.), Frankfurter Ziegelwerke zu 635% und Zucker Waghäusel zu 600% 1000 A pro Stück.

Newyork, 23. Febr. Die amerikanischen Börsen blieben am gestrigen Nationalfeiertag (Washingtons Geburtstag) geschlossen. Auch Devisen wurden nicht notiert.

Berliner Wertpapierbörse.

Table with columns for Dividenden-Werte and various stock prices under categories like Bank-Aktien, Industrie-Aktien, etc.

Die neue Kohlenpreiserhöhung wird zu Beginn des nächsten Monats in Kraft treten. Verhandlungen werden zurzeit beim Reichskohlenkommissionar geführt. Bekanntlich ist Deutschland gezwungen, die Kohlenpreise dem Weltmarkt anzupassen. Die Tonne Steinkohle kostet gegenwärtig in Hamburg, Bremen und Stettin 750-850 M. Nach der neuen Erhöhung wird sich der Preis auf 1150 A stellen, also entsprechend dem Preis der englischen Kohle in deutschen Häfen. Die Hälfte dieser Erhöhung soll dazu verwendet werden, Reparationsforderungen zu erfüllen, während die andere Hälfte zur Abfederung der Schächte, besonders in den von Deutschland abgetrennten Teilen Oberschlesiens dienen soll. Die Preiserhöhung wird bestimmt am 1. März in Kraft treten. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erhöhung der Steinkohlenpreise dürfte auch eine Erhöhung der Braunkohlenpreise vorgenommen werden, jedoch sind entsprechende Beschlüsse bisher noch nicht gefasst.

Betriebsstilllegungen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Trotz der großen Nachfrage nach Rohisen haben in Rheinland-Westfalen ungefähr 20 Hochofen nicht in Betrieb gesetzt werden können, da die erforderlichen Kokskohlen nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Besonders schlimm liegen nach dem Deutschen Handelsdienst die Verhältnisse im Siegerland, wo im Januar und Februar 75% für die Produktion nicht in Frage kamen. Auch die an der Küste gelegenen Hochofenwerke konnten wegen des Mangels an Kohle sowie infolge des häufigen Versagens der Eisenbahn nur noch langsam ihren Betrieb weiterführen. Während hier sind schon Schwierigkeiten eingetreten, die Werke in der Region Zeiten normaler Kokkversorgung die Werke in der Region mit Vorräten für mehrere Wochen versehen sind, ist es bei nichts Unmögliches, daß Hochofenwerke nur für ein oder zwei Tage mit Koks versorgt sind, sodas die geringste Stilllegung in der Anfuhr zu Betriebsstilllegungen führen kann.

Pfälzische Hypothekbank, Ludwigshafen a. Rh. Generalversammlung des Bankinstituts findet laut Anzeiger in vorliegender Ausgabe am Dienstag, den 14. März statt. Die Tagesordnung sieht u. a. auch die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats.

Oberfränkisches Textilwerk A.-G., Schwarzenbach a. Rh. Nachdem vor kurzem die o. G.-V. stattgefunden wurde, verordnete wie gemeldet, die Presse nicht zugelassen wurde, veröffentlicht jetzt die Gesellschaft ihre Bilanz, die im Gegensatz zum Vorjahr bei einem Gewinnvortrag von 18 380 A jetzt nur einem Verlust von 1904 730 A bei 2 MILL. A Aktienkapital abschließt. Wie jetzt auch bekannt wird, ist der Gewinnvortrag nicht nach den Beschlüssen der letzten o. G.-V. rückgetreten; neu wurden an seine Stelle gewählt: Dr. E. K. Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Dr. Albert Rupp, Direktor der Baumwollspinnerei Erlangen, Max Wolf I. Fa. W. Wolf u. Söhne in Stuttgart.

Devisenmarkt

Mannheim, 23. Febr. (9.30 vorm.) Der Kurs der Hauptdevisen ist fortgesetzt schwankend und unsicher.

Table with columns for city (London, New York, Paris, etc.) and exchange rates for various currencies.

Dollarkurs 216.— Mark.

Berlin, 23. Febr. (Bilg. Drahtb.) In Schweden wurde die Nicolaische Tabakmanufaktur mit einem Aktienkapital von 7 Mill. M gegründet.

Waren und Märkte.

Neustadt a. H., 22. Febr. Die im Laufe der Woche neuerlich eingetretene Geldentwertung hat eine neue Preisbewegung nach oben ausgelöst.

Besseres Geschäft im deutschen Metallhandel. (Wochenbericht der Deutschen Metallhandels A.-G., Berlin-Oberschöne-weide.) Die letzte Berichtswoche stand im Zeichen der unsicheren politischen Lage.

Berliner Metallbörse vom 21. Februar.

Table showing prices for various metals like Aluminum, Copper, and Zinc in Berlin.

Table showing prices for various metals like Copper, Zinc, and Lead in London.

Table showing prices for various metals like Copper, Zinc, and Lead in Liverpool.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar

Table with columns for location (Bahr, Elbe, etc.), date, and water level observations.

Mannheimer Wetterbericht

Barometer: 756.6 mm. Thermometer: 1.7°C. Niedrigste Temperatur Nacht: 1.0°C.

Neueste Drahtberichte.

München, 23. Febr. (Eig. Drahtb.) Allgemeine Deutsche Handels-A.-G. in München. Die im vorigen Jahre mit einer Million M Kapital gegründete Gesellschaft schließt ihr erstes Geschäftsjahr mit einem Verlust von 123 712 M.

Erhöhung des Zuckerpreises.

Wie der 'Deutsche Handelsdienst' von der Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der deutschen Zuckerindustrie erfährt, ist der Preis für Verbrauchszucker für die Freigabe vom März bis Juni 1922 ab Fabrik auf 650 M festgesetzt worden.

Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat die folgenden neuen Richtpreise festgesetzt.

Für Dachpappe mit 80er Rohpappeneinlage 16 M, 100er 13.50 M, 150er 9.50 M und 200er Rohpappeneinlage 8 M für den Quadratmeter bei wagonweisem Bezug auf den Verladebahnhof des Verkäufers geliefert gegen sofortige Barzahlung ohne Abzug.

Offene Stellen

Sucht werden: Fahrer, Wagner und Schneider im Alter von 20-30 Jahren mit Befähigung zum Arbeitsamt N. 6, 4, 5. Heiliges Versicherungsunternehmen sucht für den Damen- und Kundendienst einen mit den Transport- und Sachversicherungsangelegenheiten bestens vertrauten Herrn.

Lebensmittel-Großhandlung

Sucht per sofort oder 1. März tüchtigen, erfahrenen Reisenden gegen Gehalt und Provision, sowie Stenotypistin die mit allen Büroarbeiten vertraut ist.

Gesucht per sofort od. später

Lehrmädchen u. Lehrling. Angebote nebst Schulzeugnis und Lichtbild unter Y. U. 19 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Volontär.

Jünger Hauschlosser (Schweizer) sucht Stelle als Volontär in Maschinenfabrik, Motorwagenwerk, oder in einem Orte, wo ihm geboten würde Stunden im Fachwissen Unterricht zu nehmen.

Gebr. Schreibfisch und Doppelpult

zu kaufen gesucht. Angebote unter Z. A. 42 an die Geschäftsstelle.

Zuverlässiger

Chauffeur für Last- und Personenwagen gesucht. Angebote unter R. K. 135 an die Geschäftsstelle.

Junger Ausläufer

per sofort gesucht. Kalbfleisch jr. Ohlenschlag 10.

Schlosser

mit all. Reich. d. Werkzeuge (Schl., Säge, Meißel, etc.) sucht Stelle als Schlosser, Einflößer, Portier od. dergleichen. Angebote unter Y. Z. 41 an die Geschäftsstelle.

Stenotypistin

1. Kraft, sucht Nebenbeschäftigung von 10-12 Uhr abends an. Angeb. unter X. M. 3 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Durchaus gewandte

Stenotypistin in Vertrauensstellung per sofort oder bald gesucht. Es wollen sich nur Bewerberinnen mit längerer Praxis melden. Angebote unter R. J. 134 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Packer

D. S. Epstein Papierwarenfabrik Meerfeldstrasse 2.

Wohn- od. Geschäftshaus

mit Kolonialwarenangelegenheiten mit Haus zu kaufen gesucht. Angeb. unter Y. H. 24 an die Geschäftsstelle.

Kauf Gesuche

Bier- od. Weinwirtschaft zu kaufen gesucht. Angebote u. Y. Q. 20 an die Geschäftsstelle.

Zum Eintritt am 1. April suche

tüchtige Verkäuferin Nur schriftliche Angebote erbeten Louis Franz, O 2, 2 Porzellan-, Glas-, Luxuswaren.

Modistin

die feinsten u. gut. Bekleidungsgegenstände selbständig arbeiten über gut. Bekleidungsgegenstände mit u. hübsch garnieren kann, wird aufgenommen und kann bei Antritt gleich oder später erfolgen. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Gehaltsansprüchen, Eintrittsbedingungen u. womöglich mit Lichtbild unter W. D. 70 an die Geschäftsstelle.

Guterhalt. Schlafzimmer

zu kaufen gesucht. Angeb. unter Y. H. 24 an die Geschäftsstelle.

Verloren

Finderlohn 300 M. Verloren \*201

Gesucht per 1. März

tüchtige selbständige Köchin Mollstraße 53.

Alleinmädchen

mit guten Zeugnissen, zum 1. März ges. 2454 Frau A. Burger 5 I. 5. 5. 5.

Stütze

oder Hauswirtschafterin (oder dergleichen) sucht Stelle. Angeb. u. X. Z. 16 an die Geschäftsstelle.

Villa oder Wohnhaus

in besserer Stadtlage mit freierw. dender Wohnung, sofort event. gegen Bar zu kaufen gesucht. Angeb. unter R. L. 136 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

